

775.1 Sü

Bern, den 19. November 1956

Herrn Bundespräsident Feldmann.

Aufnahme ungarischer Flüchtlinge
aus Oesterreich.

In Bestätigung unserer Unterredung vom Samstag nachmittag gestatte ich mir, folgendes festzuhalten:

Bis Samstag sind rund 2400 Flüchtlinge in die Schweiz eingereist. Am Mittwoch, den 21. und Freitag den 22. November kommen je weitere 500 in die Schweiz. Die restlichen 600 erwarten wir im Verlaufe der nächsten Woche. Die Flüchtlinge werden vom Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) in einem grossen Teil des Landes in Gruppen von 30 - 50 Personen in Hotels, Pensionen, Ferienheimen usw. untergebracht. Diese Unterbringung, die nur vorübergehenden Charakter hat (2 - 4 Wochen), verursacht zur Zeit keine besonderen Schwierigkeiten.

Aus dem ganzen Lande sind inzwischen zahlreiche Hilfsangebote eingegangen. Zum Teil haben sich Kantone bereit erklärt, eine grössere Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, d.h. ihnen Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu erteilen. Zum Teil verpflichten sich Gemeinden, einen oder mehrere Flüchtlingsfamilien zu eigenen Lasten oder mit Beteiligung Dritter zu übernehmen und für sie zu sorgen. Aber auch Verbände, Firmen und Private haben sich zur Uebernahme von Flüchtlingsfamilien verpflichtet. Die Hilfsangebote, die von der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe in Zürich gesammelt worden sind, werden von ihr photokopiert, registriert und nach Kantonen ausgeschieden. Sie gehen spätestens morgen an die Kantone, in denen ein kleiner Ausschuss, bestehend aus den Verantwortlichen der Behörden, Vertretern der lokalen Sektionen des Roten Kreuzes und der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe gebildet wird. Dieser Ausschuss soll auf Grund der Hilfsangebote die Flüchtlinge möglichst rasch plazieren. Diese Phase bereitet grössere Schwierigkeiten. Durch die Dezentralisation und die verantwortliche Einschaltung der Kantone hoffen wir, dass trotzdem die arbeitsfähigen Flüchtlinge rasch zur Arbeit eingesetzt werden können, doch wird einige Zeit vergehen, bis alle brauchbaren Hilfsangebote, die von den Kantonen zum grossen Teil zuerst überprüft werden müssen, ausgenützt sind.



- 2 -

Ich habe am Samstag an der von Herrn Pfarrer Hellstern, dem Präsidenten der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe geleiteten Sitzung mitgeteilt, dass der Bundesrat die Frage prüfe, ob nicht ein weiteres grösseres Kontingent ungarischer Flüchtlinge aus Oesterreich in der Schweiz aufgenommen werden könnte, ein Teil davon vielleicht nur zu vorübergehendem Aufenthalt. Die Reaktion der anwesenden Leiter der grossen schweizerischen Flüchtlingshilfswerke (Caritas, Evang. Hilfswerk, Arbeiter-Hilfswerk), die durch die weitere Aufnahme von Flüchtlingen insbesondere belastet würden, war eindeutig. Gar nicht in Frage kommen kann die bloss vorübergehende Aufnahme. Langjährige Erfahrung zeigt, dass Flüchtlinge, die einmal Einlass in der Schweiz gefunden haben, auch hier bleiben wollen. In der Regel ist es nicht möglich, sie freiwillig zur Weiterreise zu veranlassen. Die Behörden sollten aber nicht genötigt werden, sie mit polizeilichem Druck dannzumal zur Weiterreise zu zwingen. Das würde der ganzen Flüchtlingshilfsaktion und dem Ruf unseres Landes als grosszügiges Asylland schwer schaden. Es kommt dazu, dass wir wohl dannzumal auch kein Land fänden, das sich bereit erklären würde, uns die Flüchtlinge abzunehmen. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass wir alle Flüchtlinge, die wir aufnehmen, für sehr lange Zeit -- um nicht zu sagen dauernd -- hier behalten müssen.

Die Hilfswerke warnen aber auch dringend davor, im heutigen Augenblick schon einen Beschluss auf Erhöhung der aufzunehmenden Flüchtlinge zu fassen. Sie verstehen durchaus das Bestreben des Bundesrates, so weit als möglich zu helfen, sie können aber die Verantwortung für die Aufnahme einer grössern Zahl nicht mittragen. Zwar könnte wahrscheinlich das SRK (die an der Sitzung anwesende Vertreterin konnte sich hierzu nicht verbindlich äussern) Notunterkünfte noch für eine grössere Zahl beschaffen. Das Problem liegt aber in der definitiven Unterbringung, in der Eingliederung in das Gemeinschaftsleben und vor allem in der Beschaffung von Wohnraum. Wir brauchen Wohnungen und Zimmer und können die Flüchtlinge nicht irgendwo abseits in grossen Hotelkästen kollektiv behüten. Man wird schon heute da und dort ohne die Erstellung von Notwohnungen an Orten, wo Arbeitsmöglichkeiten bestehen, nicht auskommen. Das braucht aber Zeit.

Es muss ferner auch abgewartet werden, ob der spontane Helferwille des Volkes sich über die ersten Kontakte mit den Flüchtlingen hinaus aufrecht erhält. Nur wenn weiterhin die Bereitschaft zur Mithilfe des ganzen Volkes besteht, lässt sich die Eingliederung der Flüchtlinge, die vielfach nicht den Vorstellungen, die man sich gemeinheim von ihnen macht, entsprechen, lösen. Das muss aber vorerst erprobt werden. Vor Ablauf von 2 - 3 Wochen wird man darüber nichts sagen können.

- 3 -

Es ist auch betont worden, dass nur die Schweiz sofort geholfen hat. Während andere Länder noch über die Auslesebedingungen verhandelten, trafen hier schon die ersten Transporte ein. Die Schweiz nimmt alle auf, die kommen wollen und hat keine Auslesekriterien aufgestellt. Es werden sich unter den Aufgenommenen deshalb sicher auch schwierige Elemente befinden. Auch hierüber möchte man einen bessern Ueberblick haben.

Die Schweiz hat aber bis jetzt auch das grösste Kontingent aller Länder zugesichert. Wenn sich die andern Länder von unserm Beispiel leiten lassen, so könnten die bis jetzt in Oesterreich aufgenommenen ungarischen Flüchtlinge restlos verteilt werden. Nach einer Pressemitteilung des Hochkommissariats für die Flüchtlinge in Genf vom 16. November 1956 bestehen Angebote von Deutschland für 3000 Flüchtlinge, Italien 2000, Schweden 1000, die Niederlande 1000, Belgien 3000, Danemark 200, Neuseeland 500, Südafrika 250, Chile 1000 und USA 5000. Frankreich und Luxemburg haben keine Zahl genannt, aber sich ebenfalls zur grosszügigen Aufnahme bereit erklärt. Neben diesen Offerten darf sich die Schweiz wohl sehen lassen. Es ist allerdings fraglich, ob die Angebote überseeischer Länder ausgenützt werden können, da die Flüchtlinge -- wenigstens zur Zeit noch -- kaum so weit wegfahren werden wollen. Die 5000, die die USA aufnehmen wollen, werden wohl erst nach Monaten ausgelesen werden und Oesterreich verlassen können. Während in der Schweiz, wie gesagt, bereits rund 2400 Flüchtlinge angekommen sind, sind bis heute in den Niederlanden erst 600, gleichviel in Belgien, 150 in Deutschland, 100 in Frankreich und 200 in Schweden eingereist. Auch in dieser Hinsicht stehen wir also voran. Die Hilfswerke sind aber der Meinung, dass nun vorerst die weitere Entwicklung abgewartet werden sollte. Wenn die andern Länder ein Stimulans brauchen, so habe der Bundesrat durch seine bisherigen Beschlüsse dafür bereits gesorgt.

Man hat sodann darauf hingewiesen (insbesondere der Vertreter des Arbeiter-Hilfswerks), dass vorerst mit den Wirtschaftsverbänden und vor allem den Gewerkschaften Fühlung genommen werden sollte. Ohne deren Einschaltung lasse sich eine grössere Zahl nicht "verdauen". Ich möchte beifügen, dass auch die Kantonsregierungen angefragt werden müssten, die in vermehrtem Masse mitwirken und Flüchtlinge zur definitiven Unterbringung und zum Arbeitseinsatz übernehmen müssten. Die Polizeiabteilung würde an sich die Aufnahme einer weitem Gruppe ungarischer Flüchtlinge begrüssen, kann sich aber den Befürchtungen und den Argumenten der Flüchtlingshilfswerke nicht verschliessen. Insbesondere dürfen wir auf diesem Gebiet nicht halbe Arbeit leisten. Andernfalls wird

- 4 -

es sich später bitter rächen und all das Gute, das wir tun durften, durch die Kritik an Unzulänglichkeiten überdeckt werden. Wir müssen die Flüchtlinge so unterbringen und eingliedern, dass sie sich im allgemeinen wohl fühlen. Heute kann aber keine Garantie dafür übernommen werden, dass das für alle der 4000 Flüchtlinge der Fall sein wird, geschweige denn für weitere 1000. In einigen Wochen wird man hier klarer sehen. Dann wird über die allfällige Erhöhung Beschluss gefasst werden können.

Es kommt dazu, dass wir heute nicht den hintersten Platz belegen dürfen. Die Entwicklung im Osten ist im Fluss. Wir wissen nicht, ob wir nicht morgen vielleicht Tschechen, Polen oder andere Flüchtlinge aufnehmen müssen, die wir nicht einfach abweisen könnten. Sollte es sogar zu einer Katastrophe in Europa kommen, müsste noch mit ganz andern Gruppen gerechnet werden. Es sollten jetzt aber nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Wenn allerdings der Flüchtlingsstrom nach Oesterreich anhalten oder gar zunehmen sollte und Oesterreich von Flüchtlingen überschwemmt würde, müssten wir dann trotz aller Bedenken ein Mehreres tun.

Ich glaube aber, dass in anderer Weise noch etwas getan werden könnte. Die österreichischen Behörden haben Mühe, die provisorischen Unterkünfte so einzurichten, dass die Flüchtlinge sich darin einige Zeit aufhalten können. Zwar erhält Oesterreich von überall her weitgehend Hilfe durch Materialien und Geldspenden. Es scheint mir aber angezeigt, dass der Bundesrat prüfen würde, ob nicht auch die Schweiz Oesterreich für diese Zwecke einen grösseren Betrag zur Verfügung stellen könnte. Bekanntlich haben ja das Hochkommissariat für die Flüchtlinge in Genf und das Intergouvernementale Komitee für europäische Auswanderung (CIME) einen Appell an die Mitgliedstaaten für finanzielle Hilfe zur Lösung des Flüchtlingsproblems gerichtet. Sollte unser Land nicht auch diesem Appell Rechnung tragen und z.B. 100'000 Fr. aus dem Kredit für internationale Hilfsaktionen zur Verfügung stellen? Ich würde gegebenenfalls empfehlen, je die Hälfte dieses oder eines höheren Betrages dem Hochkommissariat und dem CIME für die ungarischen Flüchtlinge in Oesterreich zur Verfügung zu stellen. Eine solche Hilfe würde ganz bestimmt nicht nur bei diesen beiden Organisationen, sondern auch in Oesterreich sehr günstig vermerkt. Es wäre Sache des Politischen Departements, einen entsprechenden Antrag an den Bundesrat zu stellen.

Zusammenfassend möchte ich deshalb vorschlagen, der Beschluss, ob weitere ungarische Flüchtlinge aufgenommen werden sollen, sei vorläufig aufzuschieben, dagegen möge der Bundesrat prüfen, ob nicht zusätzlich eine finanzielle Hilfe

- 5 -

für die Unterbringung und den Abtransport von Flüchtlingen in Oesterreich dem Hochkommissariat und dem CIME gewährt werden sollte.



Kopie dieser Notiz geht an

Herrn Minister de Rham, Chef der Abteilung Internationale Organisationen des Politischen Departements;

Herrn Fürsprecher Bieri, Adjunkt der Finanzverwaltung.

Hoykammira.